

Entwicklungspolitik in Zeiten der SDGs

Zur Einführung

Tobias Debiel

Entwicklungspolitik steht derzeit in Praxis und Forschung maßgeblich im Zeichen der Sustainable Development Goals (SDGs). Der Staatengemeinschaft gelang mit der 2015 durch die VN-Generalversammlung verabschiedeten Agenda 2030 eine konzeptionelle Neuorientierung: Die zurückliegenden 15 Jahre waren durch die Millennium Development Goals (MDGs) geprägt, die weitgehend von einem hergebrachten Entwicklungsverständnis ausgingen. Dieses konzentrierte sich geographisch auf die Länder des globalen Südens. Es sah, trotz Partnerschaftsrhetorik, die Länder des globalen Nordwestens (also v.a. der früheren Ersten Welt) vornehmlich als „Geber“, die über wirksamere Entwicklungszusammenarbeit in einem asymmetrisch angelegten Transferverhältnis eine Art Sozialhilfe für die „randständigen“ Teile der Weltgesellschaft leisten. Im Gegensatz dazu sind die SDGs universell angelegt – die verschiedenen Dimensionen nachhaltiger Entwicklung betreffen alle Länder der Welt. Und die Länder des globalen Nordwestens wie auch des Nordostens (also dem, was von der ehemals realsozialistischen Zweiten Welt übrig blieb) sind angehalten, Zielvorgaben auch für die eigenen Gesellschaften zu formulieren und umzusetzen.

Ein zweites kommt hinzu: Die MDGs bestimmten Entwicklung primär als Fortschritt bei Armutsbekämpfung, Basisgesundheitsversorgung und Elementarbildung. Ein solcher Ansatz erinnert an die Grundbedürfnisstrategie der 1970er Jahre, angereichert um die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Nachhaltigkeitsdimension. Demgegenüber fasst die Agenda 2030 als Rahmung der SDGs Entwicklung inhaltlich deutlich breiter, vor allem führt sie die Entwicklungs- mit der Umweltagenda zusammen. Die Umweltverhandlungen fanden dabei wesentlich in separaten Prozessen statt, die von der Rio-Konferenz über Umwelt und Entwicklung aus dem Jahre 1992 und die Folgeprozesse geprägt waren. Die thematische Weitung geht allerdings noch darüber hinaus: So betonen die SDGs zum Beispiel den Wert menschenwürdiger Arbeit und wollen Ungleichheiten innerhalb von und zwischen Staaten vermindern. Vor allem aber bedeutet die lange Zeit strittige Aufnahme von SDG 16 einen Durchbruch: Es bestimmt Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen als integralen Bestandteil von Entwicklung – und überwindet damit einen blinden Fleck der MDGs.

SDGs in Praxis und Forschung

Die entwicklungspolitische Praxis ist heute darauf bedacht, ihr Handeln im Rahmen der SDGs zu legitimieren und daran auszurichten. Kritisch begleiten dies die einschlägigen Nichtregierungsorganisationen. Dabei gibt es durchaus Meinungsverschiedenheiten. Doch trotz vereinzelter Reibungsflächen liegt ein umfassender Konsens zumindest über der deutschen Debatte. Fast wirkt er wie ein Schleier, denn echte Kontroversen über die Gesamtausrichtung von Entwicklungszusammenarbeit sind kaum zu erkennen.

Auch die wissenschaftliche Debatte befasst sich intensiv mit den SDGs. Dabei lassen sich vier Zugänge unterscheiden: Erstens gibt es Studien, die auf der Folie von Wirksamkeit, Partizipation und Kohärenz multi- und bilaterale Verhandlungsprozesse und Praktiken untersuchen und häufig auch präskriptiv zur besseren Umsetzung der SDGs beitragen wollen. Eine zweite Ausrichtung reflektiert stärker die Schwachstellen der SDGs oder gleicht die normativen Vorgaben mit realen Politiken ab. Trotz einer eher kritischen Stoßrichtung liegt hier häufig die Annahme zugrunde, dass die universelle Zielvereinbarung grundsätzlich einen normativen Fortschritt darstellt. M.a.W.: Die SDGs stellen – gegebenenfalls in modifizierter Form – für diesen Diskursstrang einen Orientierungsrahmen dar, in dem sich auch eine alternative Ausrichtung von Entwicklungspolitik zu bewähren hätte, die zum Beispiel stärker auf eine Veränderung globaler Handels- und Finanzstrukturen abhebt.

Für eine dritte Forschungsrichtung sind die universellen Zielvorgaben eher nachrangig. Sie ist primär an nationalen und regionalen Entwicklungsstrategien interessiert und untersucht empirisch-analytisch, wie diese zu politischen oder sozio-ökonomischen Transformationsprozessen beitragen oder diese blockieren. Gerade die entwicklungspolitischen Area Studies tendieren zu dieser Perspektive. Viertens gibt es schließlich einen Diskursstrang, der wesentlich durch Post-Development-Theorien informiert ist. MDGs wie SDGs sind demnach letztlich dem hergebrachten Entwicklungsmodell verhaftet, das die Erfahrungen und Vorstellungen des globalen Nordwestens auf den Rest der Welt übertragen möchte.

SDGs im Lichte vorheriger Debatten

Die derzeitige Debatte in Entwicklungspolitik und politikwissenschaftlicher Entwicklungsforschung, in der es mit Ausnahme der grundlegenden Kritik der Post-Development-Ansätze einen relativ breiten „Konsens-Korridor“ über Re-

ferenzpunkte und Ziele gibt, unterscheidet sich nennenswert von vorangehenden Jahrzehnten. Gerade die 1960er und 1970er Jahre waren noch durch große Kontroversen geprägt: Modernisierungstheoretischen Ansätzen, die im Wesentlichen auf eine „nachholende Entwicklung“ im Sinne des westlichen Industriekapitalismus setzten, standen damals dependenztheoretische Zugänge und Theorien des peripheren Kapitalismus gegenüber, die nicht zuletzt eine – weitgehende oder temporäre – Abkoppelung von den weltwirtschaftlichen Strukturen favorisierten. Die dahinter stehenden Grundsatzfragen scheinen noch heute vereinzelt im wissenschaftlichen Diskurs durch, haben aber an Prägekraft verloren. Demgegenüber hat eine wesentliche Leitlinie der entwicklungspolitischen Praxis zur Jahrtausendwende eine Renaissance gefunden: Armutsbekämpfung und Grundbedürfnisbefriedigung. In den 1970er Jahren waren sie auf den Schild gehoben worden, weil die Erwartung, mittels eines „big push“, Investitionen jedweder Art, Wachstum und schließlich Wohlstand erzeugen zu können, der alsbald zu den ärmeren Bevölkerungsgruppen „durchsickern“ würde, gründlich enttäuscht worden war. Wie bereits angedeutet, war der Entwicklungsbegriff der MDGs (2000-2015) mit seinem Schwerpunkt auf Armutsbekämpfung und Grundbedürfnisbefriedigung diesen Vorstellungen durchaus verwandt – und ein wesentlicher Teil der zugrunde gelegten Indikatoren fand auch bei den SDGs Aufnahme.

In den 1980er Jahren traten die großen theoretischen Konfliktlinien in den Hintergrund, in der Praxis dominierten neoliberale Ansätze, die außenwirtschaftliche Liberalisierung, Deregulierung und den Rückbau des Staates erstrebten und Armutsbekämpfung sowie Grundbedürfnisbefriedigung nicht mehr als primäre Strategie verfolgten. Die Schwellenländer Lateinamerikas, Hoffnungsträger der 1960er und beginnenden 1970er Jahre, gerieten über die Verschuldungskrise und eine verfehlte Strukturanpassungspolitik in eine tiefe Krise. Subsahara-Afrika erlebte eine Stagnation auf ohnehin schon tiefem Niveau. Für beide Kontinente waren die 1980er Jahre ein verlorenes Jahrzehnt. Entwicklungstheoretisch prägend war zum einen die (in der Regel) kritische Auseinandersetzung mit neoliberalen Entwicklungsstrategien, die konzeptionell und praktisch massiv durch die Bretton-Woods-Institutionen (Internationaler Währungsfonds (IWF) und Weltbank) vorangetrieben wurden. Gleichsam im Windschatten der Rezepte von IWF und Weltbank stiegen die ostasiatischen „Tigerstaaten“ rasant auf. Deren Empfehlungen hatten sie nicht besonders beachtet und auch Entwicklungszusammenarbeit mit westlichen Staaten war für ihren Erfolg nicht ausschlaggebend. Das „East Asian Miracle“ bot interessantes Anschauungsmaterial dafür, wie eine durch regionale Erfahrungen geprägte, souveränitätsorientierte Entwicklungsstrategie beeindruckende Erfolge aufweisen konnte, die sich durch eine kluge Mischung und Sequenzierung von Politik von hergebrachten

Dichotomien wie Staat vs. Markt oder Weltmarktintegration vs. -dissoziation verabschiedete. Hinzu kamen Agrarreformen und gezielte landwirtschaftliche Entwicklung sowie eine Bildungspolitik, die auf die Herausbildung von qualifiziertem Humankapital setzte. Interessanterweise versuchten sowohl neoliberale als auch dependenztheoretisch inspirierte Ansätze die Fortschritte als Erfolg ihres Paradigmas zu interpretieren. So betonten die einen die klugen und auf makroökonomische Stabilität hin orientierten Politiken, während die anderen Ostasien als Musterbeispiel eines autozentrierten Entwicklungsweges einordneten. Die eigentliche Lehre dürfte wohl darin bestehen, dass die Tigerstaaten ihre Strategie nicht als Universalmodell verstanden, sondern sich für eine eigene Mischung von Entwicklungsstaat und kapitalistischer Entfaltung entschieden, die durch die historischen Erfahrungen von zum Beispiel Japan inspiriert war.

Mit dem Ende des Ost-West-Systemgegensatzes verlagerte sich der Schwerpunkt der Diskussion: Waren die Jahrzehnte zuvor von sozio-ökonomischen Fragestellungen und der strittigen Rolle des Staates für Entwicklung geprägt, rückten nun die Qualität des Regierens (Governance) wie auch der Regimotyp (Demokratie vs. Autokratie) in den Mittelpunkt. Tatsächlich waren die 1990er Jahre von einem fast unbestrittenen „Siegeszug“ liberaler Vorstellungen in Politik und Wirtschaft geprägt, Großtheorien machten Theorien mit mittlerer Reichweite Platz. Komplettiert wurde dieser Zugang durch partizipative Ansätze in der Armutsbekämpfung, mit denen die entsprechenden Politiken an Bürgerbeteiligung und inklusive politische Prozesse gekoppelt werden sollten. Die Vielzahl von Weltkonferenzen dieser Jahre spiegelte das Bestreben wider, unter breiter Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure einen normativen Konsens zu erzielen. Neben dem bereits erwähnten Erdgipfel von Rio (1992) seien die Weltmenschenrechtskonferenz von Wien (1993), der Sozialgipfel in Kopenhagen (1994) und die Weltfrauenkonferenz in Beijing (1995) genannt.

Die MDGs im Jahr 2000 bauten hierauf auf und markierten einen wichtigen Einschnitt: Zum ersten Mal einigte sich die Staatengemeinschaft auf einen Katalog von Entwicklungszielen – und verständigte sich darauf, diese in Indikatoren zu übersetzen und zu überprüfen. Dahinter stand das Bestreben, in den Feldern Armut, Gesundheit und Bildung sozio-ökonomische Mindeststandards für die Weltgesellschaft zu definieren und, bei Gleichberechtigung der Geschlechter, zu verwirklichen. Auch die Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit, die jenseits von Projekterfolgen und sektoralen Fortschritten in quantitativen Studien nie überzeugend nachgewiesen werden konnte, stand nun hoch auf der Agenda. Der Konsens über Standards und Verfahren wurde zugleich „erkauft“ mit einem letztlich sozial-technokratischen Verständnis von Entwicklung, das dieses im Wesentlichen mit der Beseitigung von „Unterentwicklung“ im globalen Süden gleichsetzte. Dahinter stand die Erwartung, man

könne durch die Vereinbarung und Umsetzung von „Ziel-Leistungs-Vereinbarungen“, die mittlerweile nahezu alle Felder der Berufswelt im globalen Nordwesten durchdringen, die zuvor stets kontroverse Frage umschiffen, mit welchen politischen und ökonomischen Strategien sich am besten Entwicklungserfolge erzielen lassen. Dieser Weg war in manchen Bereichen durchaus erfolgreich, so insbesondere im Feld der Global Health Governance, in dem sich Stiftungen wie die Bill and Melinda Gates Foundation sowie öffentlich-private Allianzen etablierten. Ob die Gesamtbilanz aber so positiv ausfällt, wie von den einschlägigen VN-Agenturen gerne beansprucht, erscheint mehr als fraglich: Zu offensichtlich ist, dass viele der sich in hochaggregierten Daten spiegelnden Erfolge auf den Aufstieg der VR China und, wenn auch in geringerem Maße, auf Indien zurückgehen, deren Entwicklungsstrategien nur nachrangig von den MDGs geprägt waren und gerade im Falle Chinas eher an die der ostasiatischen Entwicklungsstaaten erinnern. Auch ist ein Teil der Erfolgsmeldungen auf Anpassungen von Definitionen, etwa von Armutsgrenzen, zurückzuführen und hat daher einen faden Beigeschmack.

Entwicklungspolitik im Zeichen der MDGs zeichnete sich durch einen Verzicht auf Grundsatzkontroversen und Strategiediskussionen aus – stattdessen dominierten Effizienz- und Wirksamkeitsorientierung. Die in MDG 8 bewusst vage formulierten Anforderungen an gerechtere Nord-Süd-Strukturen im Sinne einer „globalen Partnerschaft“ verloren die kritische Dimension, die für die Debatten um eine „Neue Weltwirtschaftsordnung“ in den 1970er Jahren und die „neoliberale Strukturanpassung“ in den 1980er Jahren prägend waren. Dies färbte auch deutlich auf die politikwissenschaftliche Entwicklungsforschung ab, der die großen Auseinandersetzungen weitgehend abhandenkamen, mit einer wichtigen Ausnahme: Die sog. Post-Development-Ansätze, die die Tragfähigkeit hergebrachter, vom Westen geprägter Entwicklungsvorstellungen und -strategien grundsätzlich in Frage stellen und statt eines (vermeintlich) universellen Modells auf die Diversität und Autonomie lokaler Lebenswelten und Ökonomien setzen, sind zum prominenten Gegenspieler des *mainstream* geworden – und sind angesichts ihres Positionsgewinns im wissenschaftlichen Diskurs mitunter selbst schon *mainstream*.

Quo vadis? Das Werk von Franz Nuscheler als Orientierungswissen

Wohin führt nun Entwicklungspolitik in Zeiten der SDGs? Bahnt die Agenda 2030 einen neuartigen Weg, die Weltgesellschaft sozial, ökologisch, wirtschaftlich und politisch anhand von Mindeststandards global mitzugestalten? Oder befindet sich Entwicklungszusammenarbeit auf dem Holzweg – sei es, weil sie

ihre Rolle und Wirkmächtigkeit universeller Zielvorgaben überschätzt, sei es, weil sie trotz neuen Anstrichs letztlich überholten Vorstellungen über die Verallgemeinerbarkeit des westlichen Entwicklungsmodells verhaftet ist und die regionalen, nationalen und lokalen Vorstellungen und Erfahrungen immer noch gering schätzt?

Für diesen Essay-Band hat sich ein breites Spektrum einschlägiger Forscher*innen und Expert*innen zusammengefunden. Sie beleuchten die SDG-Debatte aus Perspektiven, die die Vielfalt der oben genannten vier Diskursstränge widerspiegelt. Sie widmen diese Schrift Franz Nuscheler, der im April 2018 seinen 80. Geburtstag feiert. Franz Nuscheler hat über Jahrzehnte die Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik in Deutschland maßgeblich mitgeprägt. Es gibt buchstäblich keine der oben skizzierten, zentralen Debatten seit den 1960er Jahren, zu denen er sich nicht prägnant und häufig auch autoritativ geäußert hätte. Bereits 1974 schuf Franz Nuscheler gemeinsam mit Dieter Nohlen mit dem „Handbuch der Dritten Welt“ ein Standardwerk für die deutschsprachige Entwicklungsforschung, an dem auch bei der gänzlich Neubearbeiteten Auflage zwei Jahrzehnte später Forscher*innen und Studierende, die sich mit Entwicklungspolitik befassten, nicht vorbeikamen – und zwar im besten Sinne des Wortes. Sein Alleinstellungsmerkmal war es, dass es sowohl die Forschung zu Entwicklungstheorien und -strategien konsolidierte und vorantrieb als auch den regionalen und nationalen Trends und Eigenheiten breiten Raum gab. Darüber hinaus bildete ein Sonderheft der Politischen Vierteljahresschrift aus dem Jahre 1985, „Dritte-Welt-Forschung: Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik“, über Jahre einen zentralen Referenzpunkt. Im gleichen Jahr erschien die erste Auflage von Franz Nuschelers „Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik“, das wie kein anderes Werk im deutschsprachigen Raum Generationen von Studierenden und Interessierten auch jenseits der Universitäten den zentralen Zugang zu dem Feld verschaffte. Es ist nicht nur faktenreich und äußerst kundig, es hält sich auch mit pointierten Einschätzungen nicht zurück. Es meistert eine Themenbreite, die sich nur wenige andere zugetraut haben – und die heute wohl kaum mehr von einem Autor oder einer Autorin abgedeckt werden könnte. Ein Kurztext zur siebten (!) Auflage 2012 fasst zusammen, mit welcher Beharrlichkeit und mit welchem wissenschaftlichen wie normativen Impetus Franz Nuscheler sein Anliegen vorangetrieben hat:

„Das Kernanliegen des Buches bleibt auch ein Vierteljahrhundert nach dem ersten Erscheinen: den Nachweis zu führen, dass Entwicklungspolitik noch längst nicht am Ende ist, sondern mit veränderten Zielsetzungen und Instrumenten noch große Aufgaben zu bewältigen hat; dass sie nicht nur ein Gebot der Humanität, sondern auch der politischen Vernunft und

des wohlverstandenen Eigeninteresses derjenigen Staaten und Gesellschaften ist, die sich nicht wie auf Inseln der Glückseligkeit von Entwicklungen in der übrigen Welt abkoppeln können.“

Die Schriften von Franz Nuscheler zeichnen sich dadurch aus, dass sie nicht zu einer Fundamentalkritik herrschender Politik neigen, aber von kritischer Distanz geprägt sind. So bieten sie Orientierung und sind stets darauf bedacht gewesen, neben theoretischer und empirisch-analytischer Fundierung auch anwendungsorientiert politische Praxis zu beeinflussen. Franz Nuscheler hat dabei Entwicklungspolitik nie als isoliertes Politikfeld verstanden, sondern als Teil globaler Strukturpolitik. Neben der zentralen Bedeutung der Menschenrechte für Entwicklung hat er vor vielen anderen den Stellenwert von Migration und Flucht für die globale Politik erkannt – und scheute sich nicht, neben originär wissenschaftlichen Veröffentlichungen dies auch einem breiten Leser*innenkreis zugänglich zu machen: Nicht von ungefähr erhielt er für „Nirgendwo zu Hause“ 1985 den Gustav-Heinemann-Friedenspreis für Kinder- und Jugendbücher. Wie bedeutsam dieses Thema ist, dürfte spätestens drei Jahrzehnte später in Europa auch dem oder der letzten klar sein.

Dass Franz Nuscheler als Gründungsdirektor des INEF ein „Institut für Entwicklung und Frieden“ in der Forschungslandschaft etablierte, war gleich in doppelter Hinsicht Programm: Mit dem „für“ versteckte er nicht den normativen Anspruch seiner Arbeit. Und das Zusammendenken von Entwicklung und Frieden unterstrich eine Einsicht, die Willy Brandt 1981 prägte: „Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts.“ Willy Brandt formulierte diese viel zitierten Worte in seiner Rede zum 100-jährigen Bestehen des Verlages J.H.W. Dietz Nachf., dem Franz Nuscheler über Jahrzehnte verbunden war – und der sowohl das „Handbuch Dritte Welt“ wie auch das „Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik“ herausbrachte, mit Auflagen, von denen heute in diesem Bereich kaum ein Wissenschaftler mehr zu träumen wagt. Die von Franz Nuscheler beharrlich vertretene Notwendigkeit, Entwicklung und Frieden zu verknüpfen, ist nach zähem diplomatischen Ringen nun auch eine Erkenntnis, die die Agenda 2030 in dem bereits erwähnten SDG 16 festhält.

Dass Entwicklungspolitik kein Nischenthema sein darf, machten auch maßgeblich Franz Nuschelers Publikationen zu Global Governance deutlich. Nicht zufällig stieß im politiknahen Bereich Willy Brandt dieses Konzept an, auf dessen Initiative hin 1991 die Commission on Global Governance zusammentrat und 1995 mit „Our Global Neighbourhood“ eine programmatische Schrift vorlegte. Für die Forschung hatte James Rosenau gemeinsam mit Ernst-Otto Czempiel 1992 frühzeitig einen zentralen Referenzpunkt mit „Governance without Government: Order and Change in World Politics“ geschaffen. Gemeinsam

mit Dirk Messner schaffte es Franz Nuscheler, dieses Konzept in Deutschland in Forschung und interessierter Öffentlichkeit zu verankern. Es bedeutete nicht weniger als ein neues Denken, dass die Souveränität des Nationalstaates in die wechselseitigen Abhängigkeiten international und transnational vernetzter Politik einordnet. Vor dem Hintergrund gemeinsamer Überlebensinteressen muss, so eine zentrale These, eine vielschichtige Mehr-Ebenen- und Multi-Akteurs-Politik dem Primat globaler Kooperation folgen. Diese Erkenntnis setzte sich in den folgenden zwei Jahrzehnten vermehrt national wie international durch, steht aber spätestens mit dem aufkommenden Rechtspopulismus in Europa sowie der Präsidentschaft von Donald Trump unter dem Motto „America first“ stark unter Druck.

Denkanstöße für Forschung und Praxis

Der vorliegende Band beleuchtet Entwicklungspolitik in Zeiten der SDGs mit Blick auf die anstehenden Herausforderungen. Dass eine derart große und breite Zahl von Autorinnen und Autoren Essays beigesteuert hat, ist ganz maßgeblich auf die wissenschaftliche, politische und persönliche Ausstrahlung von Franz Nuscheler zurückzuführen. Dass diese andauert, zeigt sich nicht nur darin, dass er dem INEF weiterhin als Senior Fellow verbunden ist. Vielmehr lehrt Franz Nuscheler seit 15 Jahren an der Johannes Kepler Universität in Linz „Global Studies“ und beschäftigt sich nach wie vor intensiv mit Entwicklung, Nachhaltigkeit und Weltgesellschaft. Viele der Beitragenden sind über die vielen Jahrzehnte seiner wissenschaftlichen Laufbahn akademische Kolleg*innen gewesen, andere wichtige Kooperations- und Ansprechpartner*innen aus der Praxis. Viele frühere Mitarbeiter*innen und Doktorand*innen finden sich in dem Buch. Beteiligt sind aber auch ganz bewusst Autor*innen, die mit Franz Nuscheler persönlich gar nicht unbedingt in näherem Kontakt gewesen sind, sondern für die seine Publikationen Phasen ihrer beruflichen Laufbahn beeinflusst haben und heute einen Impuls für Überlegungen zu Entwicklungspolitik in Zeiten der SDGs bilden.

Dieser Band ist daher keine „Festschrift“. Eine solche haben 2003 Thomas Fues und Jochen Hippler zum 65. Geburtstag von Franz Nuscheler unter dem Titel „Globale Politik: Entwicklung und Frieden in der Weltgesellschaft“ vorgelegt. Die dort Beteiligten haben Person und Werk Franz Nuschelers ebenso gewürdigt wie das breite Themenspektrum, dem er sich gewidmet hat. Dieser Essayband schaut eher nach vorne. Er ist inspiriert vom Denken Franz Nuschelers, ohne dass sich dies mit ausdrücklichen Referenzen zu seinen Veröffentlichungen niederschlagen müsste – auch wenn diese natürlich auch immer willkommen waren. Vorrangig wollen wir mit diesem Band die Debatte darüber

vorantreiben, wie sich Entwicklungspolitik in der nahen Zukunft aufstellen muss – und ob die zentrale Orientierung an den universellen Zielen nachhaltiger Entwicklung den richtigen Weg weist. Der Band hat keinen enzyklopädischen Anspruch und will nicht alle Dimensionen der breit angelegten SDGs aufnehmen. Vielmehr behandeln die Essays ausgewählte Schwerpunkte, mit denen sich die Beitragenden über Jahre befasst haben und die natürlich auch vielfältige Bezüge zu den von Franz Nuscheler geprägten Themenfeldern aufweisen. Dass die Autor*innen mitunter sehr unterschiedliche Einschätzungen bieten, ist beabsichtigt. Denn der Band will Denkanstöße für Forschung und Praxis geben – und gerne auch zu produktivem Streit um globale Zukunftsfragen beitragen.

Das Publikationsprojekt, gemeinsam herausgegeben von INEF und sef:, ist viel umfassender geworden, als ursprünglich beabsichtigt. Denn auf die Anfrage, einen Essay zu verfassen, haben nahezu alle Angefragten positiv geantwortet. Hierfür auch an dieser Stelle einen herzlichen Dank. Dass der Band trotz engem Zeitplan pünktlich zum Geburtstag fertig wurde, ist nur durch den hohen Einsatz vieler Kolleginnen und Kollegen möglich gewesen. Zuvörderst möchte ich Sarah Hinz nennen, die äußerst kundig und engagiert die wissenschaftliche Redaktion übernommen hat; zu Hochzeiten stieg netterweise auch Janet Kursawe mit ein. Paul Jürgensen und Surafel-Amanuel Abraha haben als studentische Mitarbeiter das Buch in den verschiedenen Phasen seines Entstehens begleitet. Gerhard Süß-Jung (sef:) hat mit seinem Gespür für ein ansprechendes Layout das Cover erstellt, Jochen Hippler sein Fotoarchiv für uns geöffnet. Und bei der Endkorrektur konnten wir uns auf das bewährte INEF-Bibliotheksteam verlassen, namentlich Lieselotte Heinz, Aland Kalaf und Josra Riecke, unterstützt von Barbara Hillebrand vom Lehrstuhl Internationale Beziehungen und Entwicklungspolitik.

Tobias Debiel, Prof. Dr., ist Direktor des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF) und Professor für Internationale Beziehungen und Entwicklungspolitik an der Universität Duisburg-Essen, außerdem Co-Direktor des dortigen Käte Hamburger Kollegs/Centre for Global Cooperation Research. Er ist Vorstandsmitglied der Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:), Bonn.